

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telex: 886 846 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

Katrin Fuchs MdB zum illegalen Handel mit radioaktivem Material: Dem Atomschmuggel den Nährboden entziehen.

Seite 1

Hans Eichel, SPD-Ministerpräsident von Hessen, zu einer aktiven Seniorenpolitik: Das Handlungspotential der Älteren als Chance begreifen.

3

Peter Conradi MdB zur künstlerischen Ausgestaltung des neuen Plenarsaals: Das Parlament und die Kunst.

Seite 6

47. Jahrgang / 204

22. Oktober 1992

Dem Atomschmuggel den Nährboden entziehen

**Von Katrin Fuchs MdB
Abrüstungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion**

Nachdem immer mehr Fälle des illegalen Handels mit radioaktivem Material aufgedeckt werden, wird allenthalben die Forderung nach strengeren Kontrollen erhoben. Dies betrifft die Atomanlagen in der GUS ebenso wie die Überwachung an den Grenzen.

Maßnahmen zur verschärften Kontrolle müssen in der Tat ergriffen werden.

Es ist nicht auszuschließen, daß zukünftig auch waffenfähiges Nuklearmaterial auf dem Schwarzmarkt auftaucht. Es muß alles getan werden, um diese Gefahr auszuschalten.

- * Geprüft werden muß, wie die Befugnisse der Zollfahndung ausgebaut, die Möglichkeiten der frühzeitigen Aufklärung erweitert werden können.
- * Die Strafbestimmungen müssen verschärft werden.
- * Erörtert werden muß, ob bundesdeutsche und internationale Hilfsmittel, die in die GUS-Staaten zum Aufbau effektiver Kontrollmechanismen fließen, weiter aufgestockt werden müssen.

Diese unmittelbar einzuleitenden Schritte werden unzureichend bleiben, wenn sie nicht in grundsätzlichere Strategien eingebettet sind, die dem gefährlichen Nukleargeschäft den Nährboden entziehen.

Vordringlich sind wirtschaftliche und soziale Maßnahmen, die den Firmen und Beschäftigten in den GUS-Staaten wirksam helfen.

Der wildwuchernde Handel mit radioaktivem Material erfolgt, weil die GUS-Firmen, die bisher im Rüstungs- und Atomgeschäft tätig waren, vor dem Ruin stehen. Die Regierung Jelzin hat die Zuweisungen an die Rüstungs- und Atomfirmen in diesem Jahr um 50% gekürzt. Diese Unternehmen halten sich mit Bankkrediten über Wasser. Als letzte Rettung erscheint der lukrative, devisenbringende Handel mit Waffen und radioaktiven Materialien.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit. zuzügl. MwSt und Versand.

Veröffentlicht
mit Unterstützung
Regelung-Papier



Dieser Sumpf ist nur trockenlegen, wenn der Staat effektive Programme zur Umstellung der Rüstungs- und Atomindustrie auflegt. Dabei muß der Westen den GUS-Staaten rasch und großzügig helfen. Westliche Firmen müssen die Kooperationen mit den GUS-Unternehmen erheblich ausbauen.

Die bisherige Unterstützung ist dagegen zögerlich und unzureichend.

- **Die Einrichtung des Internationalen Wissenschafts- und Technologiezentrums in Moskau, das den Atomforschern neue Betätigungsfelder in der zivilen Forschung sichern sollte, ist bisher nicht erfolgt.**

Die EG hat sich bislang in einem bürokratischen Sprachenstreit ergangen. Es ist unfassbar: Nationale Eifersüchteleien werden in den Vordergrund gespielt, wo es um unser aller Sicherheit geht. Auch das inhaltliche Profil dieser Einrichtung ist noch nicht klar. Werden sich die Forscher vor allem um die Abwicklung des nuklearen Komplexes kümmern oder sollen sie der maroden Atomwirtschaft wieder auf die Beine helfen?

- **Die westlichen Hilfen für die wirtschaftliche Erneuerung und die Umstellung der Rüstungsbetriebe in der GUS sind insgesamt zu gering.**

Dabei geht es vorrangig darum, das staatliche Instrumentarium zur Förderung von Investitionen im Osten auszubauen. Dazu könnten etwa Steuervergünstigungen und großzügige staatliche Bürgschaften gehören. Die Bundesregierung muß zugleich die Regierungen in den GUS-Staaten drängen, klare rechtliche Voraussetzungen für westliche Investoren zu schaffen. Der russischen Regierung sollte nahegelegt werden, auf die Mobilisierungspläne in den Rüstungsbetrieben zu verzichten, die die Firmen zwingen, militärische Produktionskapazitäten für den Krisenfall vorzuhalten. Dadurch wird derzeit eine breite Umstellung auf zivile Produktionen behindert.

- **Die im Rahmen der EG-Hilfsprogramme und der bilateralen deutsch-russischen Programme aufgebrachten Finanzmittel müssen erhöht werden.**

Westliche Regierungen verweisen darauf, daß in Zeiten wirtschaftlicher Rezession und angespannter Staatsfinanzen der Spielraum für Wirtschaftshilfe ausgeschöpft sei. Doch Bundesregierung und die Regierungen der anderen NATO-Staaten scheuen sich nicht, teure und umfangreiche Schnelle Eingreiftruppen aufzubauen, die gegen Risiken versichern sollen, die auch nach Nachfrage im Verteidigungsministerium keiner genau zu bezeichnen weiß. Anstatt das Geld dort zu investieren, wo unsere Sicherheit direkt bedroht ist und wo unmittelbar geholfen werden kann, fließt es in die überdimensionierte militärische Sicherheitsvorsorge. Gegen den Atomschmuggel und gegen Havarien in Atomkraftwerken werden Interventionstruppen nicht helfen.

Der Handel mit radioaktivem Material und die jüngsten Unfälle in AKWs haben klar gemacht, daß die atomaren Risiken unabsehbar und nicht unter Kontrolle zu bringen sind.

Ausgetrocknet werden muß das schmutzige Nukleargeschäft daher auch von der Nachfrageseite her. Da genügen keine Aufklärungskampagnen der deutschen Botschaft in Moskau, wie sie Bundesminister Töpfer jüngst angekündigt hat. Der Ausstieg aus der Atomenergie muß endlich ernsthaft betrieben werden. Die Atomenergie muß möglichst bald durch alternative Energieformen ersetzt werden.

Es ist bekannt, daß die 15 Reaktoren des Tschernobyl-Typs brandgefährlich sind. Sie müssen sofort abgestellt werden. Dies ist nur machbar, wenn rasch Ersatzkapazitäten für die Stromversorgung aufgebaut werden. Dies können die GUS-Staaten nicht aus eigener Kraft. Es reicht nicht gegen die Wiederinbetriebnahme von Tschernobyl zu protestieren. Der Ukraine muß geholfen werden, damit sie auf andere Energieträger zurückgreifen kann. Das Europa-Parlament hat bereits im April kritisiert, daß die bisher von der EG bereitgestellten Summen für die Erhöhung der Sicherheit in den osteuropäischen AKWs viel zu niedrig sind. Von nötigen Unterstützungsleistungen für eine andere Energiepolitik ganz zu schweigen.

Es ist unverantwortlich, die Dinge weiter treiben zu lassen. Hilfe kann nur eine konzertierte Aktion der G-7 Staaten bringen. Auf ihrem diesjährigen Gipfeltreffen in München hatte die Gruppe der wohlhabendsten Nationen die Einrichtung eines Hilfsfonds angekündigt. Seitdem ist nichts geschehen. Die Bundesregierung ist gefordert, hier unverzüglich initiativ zu werden.

(-/22. Oktober 1992/rs/ks)

Die Handlungspotentiale der Älteren als Chance begreifen

Von Hans Eichel
SPD-Landesvorsitzender und Ministerpräsident von Hessen

Innerhalb von kaum mehr als zwei Jahren haben sich die politischen Realitäten in Ost-Europa und im östlichen Mitteleuropa umfassend verändert. Die Deutsche Einigung, aber auch die Flüchtlinge und Zuwanderer aus Osteuropa stellen uns vor neue Herausforderungen. Diese Vorgänge lassen gegenwärtig die Tatsache in den Hintergrund treten, daß es gravierende Veränderungsprozesse, auch innerhalb unserer Gesellschaft gibt. Die demographischen Veränderungen, das heißt die Veränderungen im Altersaufbau unserer Bevölkerung haben dabei besonderes Gewicht.

Ich nenne zum Beweis nur folgende Zahlen:

Im Jahre 1900 betrug die mittlere Lebenserwartung der Frauen 48,3 Jahre, die der Männer 44,8 Jahre. In unseren Tagen aber werden Frauen durchschnittlich 78,7 und Männer 72,1 Jahre alt. Die durchschnittliche Lebenszeit hat sich damit in diesem Jahrhundert um rund 30 Jahre verlängert.

Der Anteil der über 65jährigen an der Gesamtbevölkerung belief sich 1900 auf 4,9 Prozent, 1960 auf 11,6 Prozent und 1990 auf 15,3 Prozent. Bis in das Jahr 2030 soll er auf 27,4 Prozent steigen.

Aus diesen Entwicklungen ergeben sich Folgerungen für diejenigen, die zu der genannten Altersgruppe gehören, aber auch für unsere Gesellschaft insgesamt.

Die Älteren sind keine Minderheit mehr, sondern eine große Gruppe von erheblichem Gewicht. Das Gewicht wird noch deutlicher, wenn man bedenkt, daß die Wahlberechtigten über 60 Jahre schon jetzt 28 Prozent ausmachen. Lange, zu lange hat die SPD diese Entwicklung in ihrer Arbeit nicht entsprechend berücksichtigt.

Zu oft, zu lange gab es in der Partei das Bild des Älteren, der am Krückstock geht und gepflegt werden muß. Dieses Bild entspricht längst nicht mehr der Wirklichkeit. Für viele beginnt im Alter ein neuer Lebensabschnitt, eine aktive Ruhestandsphase, die auf einem umfassenden Erfahrungs- und Wissenspotential, auf einer deutlich besseren Gesundheit und veränderten Wertorientierungen sowie Lebensstilen aufbaut. Der Ältere wird heute immer mehr zu einem Aktivbürger. Dies muß die Partei endlich erkennen. Wir haben deshalb zu einer zentralen, hessenweiten Konferenz eingeladen, um darüber nachzudenken, wie Anliegen und Interessen der Älteren in der SPD besser zum Ausdruck kommen können.

Es ist richtig, wenn in den Thesen zur SPD 2000-Debatte davon gesprochen wird, daß der möglichst dauerhafte Gewinn jüngerer Menschen für eine Volkspartei wichtig, ja unverzichtbar ist. Allerdings: nicht sie, sondern die Älteren entscheiden zunehmend über die Mehrheitsfähigkeit in der Gesellschaft. Der demographische Wandel wird mittelfristig unsere Gesellschaft entscheidend und nachhaltig verändern. Die Alterung der Gesellschaft macht auch vor den großen Organisationen keinen Halt, sondern sie findet dort noch beschleunigt statt. Die Seniorinnen und Senioren sind ein Träger des sozialdemokratischen Parteinachwuchses der 90er und folgenden Jahre. Es spricht einiges dafür, daß sie als Großgruppe frischen Wind in die SPD bringen werden, so wie in den 70er und 80er Jahren andere Personengruppen. Dies ist keine Übertreibung, wenn ich mir die vielen aktiven Seniorinnen und Senioren in der SPD ansehe.

Viele Ältere in der SPD sind bereit, sich zu engagieren und ihren Ruhestand produktiv zu gestalten. Sie sind potentielle Träger eines neuen Organisationskerns der SPD. Aus Studien wissen wir, daß eine Zwei-Drittel-Mehrheit der SPD-Mitglieder und SPD-Funktionäre die Einrichtung einer Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Seniorinnen und Senioren als angemessenen organisatorischen Ausdruck der neuen sozialdemokratischen Altenkultur sieht. Als Vorstufe dazu schlage ich vor, daß in allen Unterbezirken und allen Ortsvereinen örtliche Aktionskreise "Seniorenpolitik" gegründet und deren Aktivitäten durch die Partei besonders gefördert werden. Alle Gliederungen der SPD sollten Seniorenbeauftragte wählen. Diese sollten Sitz und Stimmrecht in den jeweiligen Vorständen erhalten. Ebenso müssen wir überprüfen, ob die Beschlüsse aller unserer Gremien die Belange der älteren Menschen hinreichend berücksichtigen.

Unsere Älteren sind ein großer Plus-Faktor, von ihnen gehen Impulse aus, sie sind ein großes Kapital für unsere Partei. Die neue Parteistudie der SPD belegt, daß Ältere einerseits beim Wahlkampfengagement, bei Aktivitäten in Arbeitskreisen sowie bei Ortsvereinsfunktionen überproportional vertreten sind, auf der anderen Seite aber ihre Repräsentanz in Ämtern und Mandaten unterdurchschnittlich ist. Erforderlich sind deshalb auch deutliche Signale, nach außen und nach innen, daß wir um neue Mandats- und Funktionsträger aus Vorruhestand und Ruhestand werben.

Denn eines ist auch gewiß: eine Partei, die in der Altersgruppe der Seniorinnen und Senioren zurückfällt, kann schon rein rechnerisch bei den jüngeren Jahrgängen verlorene Stimmen kaum mehr ausgleichen. Das haben uns die letzten Bundestagswahlen nachdrücklich vor Augen geführt. Bei der Bundestagswahl 1990 lagen unsere Anteile bei den Über-60-jährigen um zwei Prozent unter unserem Gesamtdurchschnitt. Ganz besonders aber ärgert es mich, daß wir bei dieser Altersgruppe 20 Prozent hinter der CDU/CSU gelegen haben. Dies alles macht deutlich, daß wir unsere sozialdemokratische Seniorenarbeit bewußt fördern und fordern müssen.

Dazu gehört auch, daß unsere Programmatik stimmt.

Zu unseren politischen Forderungen gehört deshalb, daß endlich die Sicherung des Pflegerisikos erfolgt. Dies steht bei den materiellen Forderungen an erster Stelle. Pflegebedürftig sind gegenwärtig rund 1,7 Millionen Männer und Frauen, davon leben 1,2 Millionen bei ihren Familien und rund 450.000 in Heimen. Die Zahl der Bettlägerigen belief sich bereits vor zehn Jahren auf rund 150.000. Die gegenwärtige Situation überfordert nicht wenige Familienangehörige. Und sie ist unwürdig, weil sie mehr und mehr Menschen am Ende eines arbeitsamen Lebens auf die Sozialhilfe verweist. Sie überfordert auch die Kommunen, weil ihre finanzielle Ausstattung nicht darauf ausgerichtet ist, daß sie unter Überdehnung des Begriffs Sozialhilfe die Absicherung eines großen und allgemeinen Lebensrisikos übernehmen, für da sind den anderen Fällen - im Falle der Krankheit, des Unfalls, der Erwerbsunfähigkeit und des Alters - eigene Ausgleichsinstitutionen in Form der Sozialversicherungen geschaffen worden sind.

Unsere Antwort ist der Gesetzentwurf zur Einführung einer gesetzlichen Pflegeversicherung. Seit mehr als einem Jahr ist dieser im Bundesrat und Bundestag eingebracht. Doch Blüm und Mollmann können sich nicht einigen. Und die Einführung von Karenztagen oder die Abschaffung von Feiertagen zur Finanzierung der Pflegeversicherung ist dazu nicht geeignet; Arbeitnehmer und -geber müssen gemeinsam in ein Sozialversicherungssystem einzahlen. Alles andere ist sozial ungerecht und mit uns nicht zu machen.

Mit der Einführung der Pflegeversicherung allein ist es nicht getan. Notwendig ist auch die Behebung des Pflegenotstandes, der sich in manchen Bereichen noch immer verschärft. Den Pflegeleistungen - einerlei ob in Pflegeheimen oder zu Hause - können nur erbracht werden, wenn nicht nur die erforderlichen Mittel, sondern eben auch genügend vernünftig bezahlte und gut motivierte Pflegekräfte zur Verfügung stehen. Und über die Union sagt es viel, daß sie als führende Regierungspartei den Pflegenotstand zu verantworten hat.

Eine weitere aktuelle Aufgabe ist die Wohnungsnot. Die Älteren sind davon insoweit betroffen, als es zum Beispiel allem auch an altengerechten Wohnungen mangelt. An Wohnungen, die zum Beispiel mit Türsprechanlagen, geeigneten Treppen beziehungsweise Fahrstühlen, verbreiterten Türen und Badezimmerumbauten ausgerüstet sind. Und all diese Wohnungen müssen mit einem normalen Alterseinkommen auch bezahlt werden können. Der gegenwärtige Wohnungsmangel hat übrigens auch zur Folge, daß Ältere, die gerne eine zu groß gewordene Wohnung für eine junge Familie mit Kindern freimachen würden, dies nicht können, weil sie keine Ersatzwohnung finden.

Natürlich müssen wir unverändert die finanzielle Gewährleistung der sozialen Sicherungssysteme insgesamt im Auge behalten. Immerhin wird für die Renten- und Krankenversicherung ein Defizit von rund 20 Milliarden für das Jahr 1992 errechnet. Ich belasse es bei diesem Hinweis. Aber ich füge hinzu: Wenn nicht 5,4 Millionen ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger in unsere Mitte leben würden, wenn ihre Geburtenrate nicht bislang deutlich über der unsrigen läge, wäre das Defizit noch viel größer, die Perspektive noch viel düsterer.

Außerhalb der materiellen Sicherung halte ich das Aufbrechen der harten Abgrenzung zwischen beruflicher Tätigkeit und dem sogenannten Ruhestand für besonders dringlich. Es widerspricht meinem Verständnis menschlicher Würde, wenn schon 40- bis 50jährige immer häufiger - und das nicht nur in den neuen Bundesländern - gesagt wird, sie seien im Grunde überflüssig. Wenn es wahr ist, daß

sinnvolle Arbeit eine entscheidende Dimension menschlichen Daseins ist, dann muß das auch für ältere Generationen Geltung besitzen. Es kann doch auch ökonomisch auf die Dauer nicht vernünftig sein, daß unser Sozialprodukt von einer ständig schrumpfenden Anzahl von Jahrgängen erwirtschaftet wird, weil einerseits die Ausbildung immer länger dauert und andererseits das Ausscheiden aus dem Berufsleben immer früher beginnt. Zutreffend sagt deshalb unser Berliner Grundsatzprogramm: "Damit sich eine sinnvolle Aufgabenteilung und Kooperation zwischen den Generationen entwickeln kann, muß die starre Trennung zwischen Ausbildungs-, Berufs- und Ruhestandszeiten aufgebrochen werden".

Ich hoffe im Interesse der SPD, daß sich die Senioren einmischen, daß die SPD noch mehr Seniorinnen und Senioren gewinnt, die ihre Ansprüche formulieren, die mithelfen, daß die demokratische Kultur in unserer Gesellschaft stärker verankert wird?

Die hessische Kommunalwahl wird gerade nach den jüngsten Anschlägen gegen Asylbewerberheime und Ausländerinnen und Ausländer Aufschluß darüber geben, ob unsere Gesellschaft nach Rechts rückt. Erfolgreiche Wahlergebnisse von rechtsextremistischen Parteien würden das gesellschaftliche Klima nachhaltig erschüttern. Somit werden die Kommunalwahlen auch zu einer Auseinandersetzung, ob in unserer Gesellschaft weiterhin Reformen möglich sind, ob Toleranz Ausländerhaß weichen muß, ob Themen wie Umweltschutz und Emanzipation der Frau auf der Tagesordnung bleiben.

(-/22. Oktober 1992/ks/ks)

Das Parlament und die Kunst

Von Peter Conradi MdB
Mitglied des Kunstbeirats

Mit dem neuen Plenarsaalgebäude von Günter Behnisch bekommt der Bundestag eine Reihe außergewöhnlicher Kunstwerke. Der politische Rang des Hauses und die Qualität der Architektur fordern aussagestarke Kunstwerke.

Im Parlament wird diskutiert, abgestimmt und mit Mehrheit entschieden. Über Kunst läßt sich zwar streiten, aber nicht abstimmen. Die Vorstellung, der Vorstand einer Bundestagsfraktion wollte über ein Bild oder eine Plastik abstimmen, ist absurd. Abgeordnete, Fraktionen und ihre Vorstände werden wegen ihrer politischen Kompetenz gewählt, nicht wegen ihres künstlerischen Sachverstandes. Deshalb haben die Fraktionen die Entscheidungen über die Kunstkäufe des Bundestages einigen Abgeordneten übertragen, von denen sie annehmen, daß sie Freude an der Kunst haben und gute Entscheidungen für das Parlament treffen.

Zwei Prozent der Bausumme sind für die "Kunst am Bau" vorgesehen. Für seine Entscheidungen hat sich der Kunstbeirat des fachlichen Rats von Professor Peter Ideen (Kunst- und Theaterkritiker der Frankfurter Rundschau) und Ingrid Mössinger (Art Frankfurt) versichert. Die beiden Experten haben gemeinsam mit dem Architekten Günter Behnisch eine Reihe von Künstlern und Kunstwerken vorgeschlagen. Der Kunstbeirat hat unter dem Vorsitz der Bundestagspräsidentin über die Kunstwerke für die Parlamentsbauten entschieden. Wir haben uns die Überlegungen der Experten zu eigen ge-

macht, für den neuen Plenarsaal hochrangige Kunstwerke zu kaufen. Neben Arbeiten von international anerkannten Künstlern haben wir auch neue, experimentelle Arbeiten erworben.

Die Entscheidungen im einzelnen:

Der Parlamentsplatz

Neben der neuen Eingangshalle, vor dem Altbau (Nordflügel) wird eine Plastik von Hermann Glöckner (1889 bis 1987) stehen. Glöckner war in der DDR der Nestor vieler konstruktivistischer Künstler. Seine Arbeit "Durchbruch" - zwei sich durchdringende dreieckige Stahlscheiben - steht in der Tradition des Konstruktivismus der 20iger Jahre und hat damit einen zeitlichen und inhaltlichen Bezug zu der in der Architektursprache des Bauhauses 1930 bis 1933 gebauten Pädagogischen Akademie.

Für eine weitere bildhauerische Arbeit im Eingangsbereich ist Olaf Metzel (geboren 1952) vorgesehen. Metzel ist heute Professor an der Hochschule für bildende Künste in München. Zur Zeit zeigt die Hamburger Kunsthalle seine Arbeiten. Metzels Plastiken aus vorgefertigtem oder vorhandenem Material regen zum Nachdenken an. Der Künstler entwickelt seine Arbeiten für den jeweiligen Ort, das heißt er wird für den Parlamentsplatz eine eigene Arbeit vorschlagen.

Der Parlamentsplatz wird erst in einigen Jahren seine endgültige bauliche Gestalt bekommen, wenn die restlichen Häuser abgerissen werden. Der Kunstbeirat fordert eine zusammenhängende Planung für den Bereich, der sich vom Bundeskanzleramt über die Landesvertretung Nordrhein-Westfalen, den Bundesrat, die neue Eingangshalle des Bundestages, das alte Hochhaus bis hin zum Erweiterungsbau und zum Abgeordneten-Hochhaus 'Langer Eugen' erstreckt. Bis jetzt ist diese Zone ein zufälliger Flickenteppich ohne jede architektonische Gestalt. Deshalb sollen die beiden Architekten Behnisch (Plenarsaalbereich) und Schürmann (Erweiterungsbau) einen Entwurf für den Eingangsbereich von Bundestag, Bundesrat und Bundeskanzleramt vorlegen. Für weitere Standorte in diesem Bereich werden Einzelwettbewerbe stattfinden, zu denen jeweils einige Künstler aufgefordert werden sollen.

Plenarsaal und Wandelhalle

Im Plenarsaal wird es wie bisher keine künstlerische Arbeit geben, ausgenommen der umstrittene Adler. In der nördlichen Lobby wird an der Wand des Aufzugschachtes ein etwa 5 x 10 m großes farbiges Bild des Malers Sam Francis (geboren 1923) angebracht, das in den Plenarsaal hineinwirkt und einen fröhlichen, farbigen Akzent setzt. Francis hat dieses Bild eigens für diese Wand gemalt. Der Künstler hat die informelle Malerei Europas und Amerikas stark beeinflusst. Charakteristisch für seine Arbeit sind große organisch geformte Farbflecken, die durch dünne farbige Linien verbunden sind. In der Bonner Kunsthalle wird 1993 eine große Werkretrospektive von Sam Francis stattfinden.

Rheinseite

Östlich des Plenarsaals soll eine große Stahlplastik von Mark di Suvero (geboren 1933) stehen. Die Skulptur "L'illumine" wird dem Neubau an der Rheinseite ein weithin sichtbares Zeichen setzen. Die Stahlplastik will das Thema "Aufklärung" als ein Zusammenwirken verschiedener Kräfte, gegensätzlicher Energien zeigen. Trotz des schweren Materials hat die Skulptur eine vernünftige Leichtigkeit, die gut vor der Architektur Behnischs steht.

Restaurant

Nicola de Maria (geboren 1954) hat das Restaurant farbig gestaltet. Das Restaurant ist ein niedriger, langer Raum. Nicola de Maria hat die Decke in unregelmäßigen Farbfeldern lebhaft gestaltet und damit optisch verkürzt. Seine Malerei verbindet das Innere des Restaurants mit der Natur des Gartens am Rhein. Das Restaurant wird ein fröhlicher, farbiger Raum, der die Besucher heiter stimmt.

Rasenfläche vor dem Restaurant

Vor dem Restaurant wird eine Installation von Rebecca Horn (geboren 1944) in die Rasenfläche eingearbeitet. Rebecca Horn ist Professorin an der Hochschule der Künste in Berlin. Das Guggenheim-Museum in New York eröffnet im Mai 1993 eine Werkretrospektive über sie. Für den Bundestag hat sie eine zwölf Meter lange, silberne, pulsierende Quecksilberspur in einem schwarzen Gummibett entworfen, das nach oben durch Glas abgeschlossen ist. Der sich ständig verändernde Energiefluß aus Quecksilber verläuft quer zum Lauf des Rheins.

Soweit die bisherigen Entscheidungen des Kunstbeirats, mit denen der Kunstetat von über vier Millionen DM für den Plenarbereich ausgeschöpft sein wird. Eine lebhafte Diskussion hat es über den Ankauf einer Arbeit von Joseph Beuys (1921 bis 1986) "Tisch mit Aggregat" (1985) gegeben. Vieles spricht dafür, eine Arbeit dieses bekanntesten deutschen Künstlers der Nachkriegszeit mit seinem großen politischen Engagement im Parlament aufzustellen. Die Arbeit besteht aus einem in Bronze gegossenen Tisch, einem Aggregat, zwei Kugeln und einem Verbindungskabel. Das Original war ein Holztisch mit einem Transformator und Anschlußkabeln für zwei Lehmkugeln. Es gehörte zu einer Installation "Werkstatt" für die "Zeitgeist"-Ausstellung 1982 in Berlin. Da die Mittel für den Kauf einer solchen Arbeit nicht ausreichen, hofft der Kunstbeirat auf eine Leihgabe.

Mit dieser Auswahl hat der Bundestag eine Reihe aussagestarker Kunstwerke von international bekannten Künstlern gewonnen. Natürlich wird es um die Vorschläge des Architekten und der Fachleute und die Entscheidungen des Kunstbeirats Streit geben. Das ist gut so, denn wir wollen keine glatte, gefällige Kunst für das Parlament. Die Kunstwerke sollen nachdenklich machen, sie sollen Freude, aber auch Widerspruch und Kritik hervorrufen. Kunst ist keine Nebensache, deshalb ist es gut, wenn die Kunst im Bundestag öffentlich diskutiert wird.

(-/22. Oktober 1992/rs/ks)
